

Vorwort

Vor mehr als 40 Jahren wurde das Buch »Grenzen des Wachstums« geschrieben. 1978 veröffentlichten Prof. H.C. Binswanger, W. Geissberger und T. Ginsburg das Buch »Wege aus der Wohlstandsfalle«, in dem sie unter anderem die Besteuerung der Energierohstoffe vorschlugen, um ihren Verbrauch zu drosseln. Ein Jahr davor hatte ich einen Antrag bei der Jungen Union im Kreis Calw eingebracht, in dem ebenfalls die Besteuerung der Rohstoffe vorgeschlagen wurde, bei gleichzeitiger Reduzierung der Besteuerung der Arbeitseinkommen, mit dem Ziel, dass die Unternehmen mehr beim Verbrauch der Rohstoffe rationalisieren und weniger bei den Arbeitskräften. Das war das Ergebnis der einjährigen Arbeit des Arbeitskreises Energiepolitik, bei dem uns klar wurde, dass unsere Wirtschaft, mit dem hohen Ressourcenverbrauch nicht zukunftsfähig ist. In den nachfolgenden zehn Jahren versuchte ich die CDU grün zu machen, was mir leider nicht gelang.

Seit den 1980er Jahren kam noch die Erkenntnis hinzu, dass wir nicht nur Rohstoffprobleme haben, sondern dass wir durch den hohen Ausstoß an CO₂ und anderen klimaschädlichen Gasen auch eine massive Klimaerwärmung verursachen, die zu einer Ausbreitung der Wüsten und zu Überschwemmungen von Tiefebene führen wird. Hunderte von Millionen von Menschen werden ihren Lebensraum verlieren. Auch wir in Europa werden betroffen sein. Möglicherweise kommt der Golfstrom zum Stillstand, was im nördlichen Teil von Europa zu einer Abkühlung führen würde, während sich die Sahara in die europäischen Mittelmeerländer ausbreiten wird. Also auch wir in den gemäßigten Breiten werden vom Klimawandel betroffen sein, nicht nur die Länder in den tropischen Zonen, bei denen sich heute schon der Klimawandel negativ bemerkbar macht. Sie werden aber ganz besonders schwer darunter zu leiden haben, und sie werden weder die technischen noch die finanziellen Mittel haben, um geeignete Maßnahmen gegen die Auswirkungen des Klimawandels zu ergreifen. Dies wird die Not und das Elend in diesen Ländern dramatisch verschlimmern.

Jeden verantwortungsbewussten Menschen müssten diese Erkenntnisse eigentlich schon lange zum Umdenken und zu verantwortungsbewusstem Handeln bewegen. Leider sind wir davon aber noch weit entfernt. Nur engagierte Mitglieder von Umweltverbänden, Weltläden, globalisierungs-

kritischen Organisationen und religiösen Vereinen treten für ein grundlegendes Umdenken ein.

Dass Politikerinnen und Politiker nicht als erste in der Bewegung für eine zukunftsfähige, ökologische und soziale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vorausgehen, kann ich noch verstehen, denn sie wollen wiedergewählt werden und werden deshalb vor allem das vertreten, von dem sie glauben, dass es ihnen Wählerstimmen einbringt.

Überhaupt kein Verständnis habe ich aber für das Schweigen der Kirchen. Es gab zwar mal ein sehr gutes gemeinsames »Wort« der evangelischen und der katholischen Kirche, das liegt aber schon 15 Jahre zurück, und die danach veröffentlichten Verlautbarungen sind bereits mit neoliberalen Gedankengut durchmischt. Es gibt auch eine sehr gute Enzyklika von Papst Benedikt XVI. mit dem Titel »Caritas in veritate«, sie wurde aber verschwiegen. Alle übrigen Verlautbarungen, soweit ich sie kenne, sprechen zwar teilweise die Gefahren, Missstände und Ungerechtigkeiten an, rufen aber nicht wirklich zur Umkehr auf.

Schlimmer noch: Die aktuelle Politik, die bei uns zu sozialer Ungerechtigkeit führt und vor allem das Elend in den ehemaligen Kolonialländern verfestigt, die das Klima zerstört und unseren Nachkommen die Bodenschätze raubt, wird als im Grunde beste denkbare Politik bezeichnet. Diese Autoren und die Kirchen als Institutionen transponieren nicht die Lehre Christi in unsere heutige Situation. Sie sind nicht wirklich Nachfolger von Jesus Christus! Die Kirchen sind nicht mehr das »Salz der Erde«. Mit der Wahl des neuen Papstes Franziskus besteht die große Hoffnung, dass in der katholischen Kirche schon bald ein grundlegender Wandel eintritt. Das Pontifikat von Papst Franziskus kann den Beginn einer grundlegenden Wende markieren.

Enttäuschend sind auch die Medien. Auch sie klären nur in seltenen Fällen mit der erforderlichen Gründlichkeit über die aktuelle Situation auf und fordern nicht die nötigen Konsequenzen. Sie haben wohl Angst, dass sie Werbeaufträge der Unternehmen verlieren könnten.

Und warum haben die Unternehmen noch nicht verstanden, unter welchen Bedingungen sie in Zukunft Geschäfte machen können? Die klassische und neoklassische/neoliberale Volkswirtschaftslehre geht von der Grundannahme der vollständigen Information der Wirtschaftsteilnehmer/innen aus. Das kurzsichtige, nicht zukunftsfähige Verhalten der Unternehmer/innen und leider auch der Konsumentinnen und Konsumenten ist ein sicherer Beweis, dass diese Grundannahme nicht zutreffend ist. Es darf uns daher nicht wundern, dass die Wirtschaftswissenschaft nicht in der Lage ist, die Probleme zu lösen. Weder für die Probleme in der kurzen Frist (z.B. die Arbeitslosigkeit), noch für die der mittleren Frist (z.B. den demogra-

fischen Wandel), noch für die langfristigen Probleme (Ressourcenknappheit und Klimawandel) hat sie Lösungen erarbeitet.

Während meines späten Studiums der Volkswirtschaft, ich war schon 56 Jahre alt, als ich damit begann, war diese Erkenntnis eine herbe Enttäuschung. Ich war überrascht, wie unwissenschaftlich in der Volkswirtschaftslehre gearbeitet wird. Es wurden plausibel klingende Annahmen getroffen, auf denen dann Theorien aufgebaut wurden. Es wurde aber nur in ganz seltenen Fällen die Richtigkeit dieser Grundannahmen in der Realität überprüft.

So gilt seit etwa 200 Jahren die Überzeugung, dass es für alle Wirtschaftsteilnehmerinnen und -teilnehmer von Vorteil ist, wenn das Theorem von der Nutzung des komparativen Kostenvorteils angewandt wird. Dieses Theorem ist aber nur bei Vollbeschäftigung und bei vergleichbaren Löhnen aller Handelspartner anwendbar (siehe Kapitel 2 in meinem Buch »Wie das Kapital die Wirtschaft ruiniert«). Heute trifft beides nicht zu, dennoch wird dieses Theorem gebetsmühlenartig gepredigt und (fast) alle glauben es. Da darf man sich nicht wundern, wenn die versprochenen Verheißungen nicht eintreffen.

Oder: Die Europäische Zentralbank (EZB) und die meisten übrigen Zentralbanken meinen, sie könnten mit der Höhe des Zinses die Geldmenge regeln. Prof. Richard Werner hat dies in umfangreichen Studien überprüft und stellt fest, dass dies nicht zutreffend ist (vgl. Werner 2007). Dennoch gehört diese Annahme weiterhin zur gültigen Lehrmeinung der Volkswirtschaftslehre.

Richtig peinlich ist es, wenn gestandene Professoren in Talkshows die Meinung vertreten, dass bei Arbeitslosigkeit die Löhne gesenkt werden müssen, damit der Arbeitsmarkt wieder ins Gleichgewicht kommt, so wie auch der Preis für Äpfel sinken muss, wenn die Ernte besonders gut ausgefallen ist. Dies zeigt die »schlichte« Denkweise (ich könnte auch einen ganz anderen Ausdruck benutzen) dieser Herren. Wie kommt man auf die Idee, Äpfel mit Menschen zu vergleichen? Haben Sie schon einmal erlebt, dass Äpfel auf dem Markt als Konsumenten auftreten? Natürlich nicht, denn sie sind keine Lebewesen, sie sind ein Produkt. Menschen aber müssen täglich essen, trinken, sich kleiden usw. Da ist es zynisch zu fordern, dass die Löhne sinken müssen, auch damit manche Arbeitskräfte dann nicht mehr nach Arbeit nachsuchen. Wovon sollen sie dann aber leben? Es ist unglaublich, auf welchem Stand die Vertreter solcher schlichten Lösungsansätze stehen geblieben sind, von ihnen können wir keine Lösungen für die Zukunft erwarten.

Unverständlich ist auch, dass die Volkswirtschaftslehre immer noch von der Annahme ausgeht, dass sich alle Wirtschaftsteilnehmerinnen und -teil-

nehmer rein nach ökonomischen Gesichtspunkten entscheiden. Sie haben uns Menschen auf einen *homo oeconomicus* reduziert. Dass dies zum Glück nicht zutrifft, ist nicht nur offensichtlich, sondern auch wissenschaftlich nachgewiesen. Dennoch hält die Volkswirtschaftslehre an dieser Grundannahme fest, weil sonst ihr scheinwissenschaftliches Kartenhaus zusammenfällt und die ganzen Gleichgewichtskurven, die unsere Professorinnen und Professoren mit Hingabe ihren Studentinnen und Studenten vortragen, ihre Basis verlieren.

Wir müssen uns von solchen Denkmustern, auf denen die neoklassische/neoliberale Volkswirtschaftslehre aufgebaut ist, befreien und das fordern und praktizieren, womit die Probleme der Zukunft gelöst werden können. Wir müssen den Mut haben, auch ganz neue Lösungsansätze in Erwägung zu ziehen und sie, nach positiv verlaufener Überprüfung, auch umsetzen.

Gemeinhin wird der neoliberale Kapitalismus als die beste Wirtschaftsweise dargestellt, zu der es keine Alternative gäbe. Es stimmt, dass sich der einst real existierende Sozialismus nicht als die bessere Alternative herausgestellt hat. Das ist auch nicht verwunderlich, denn er hat nicht die Kreativität der Menschen gefördert, sondern sie eher abgetötet oder für Notwehrmaßnahmen umgeleitet. Der Misserfolg des Sozialismus muss aber noch lange nicht bedeuten, dass der Kapitalismus die beste denkbare Alternative ist. Wenn dies so wäre, dann wäre es um unsere Welt und vor allem um die Menschheit schlecht bestellt, denn *der Kapitalismus ist, wegen seines Zwangs zum Wachstum, in unserer endlichen Welt nicht zukunftsfähig*. Wir müssen uns deshalb, ob wir es wollen oder nicht, *eine Alternative erarbeiten, die es allen Menschen ermöglicht, unter den gegebenen natürlichen Grenzen ein menschenwürdiges Leben zu führen*.

Dazu bleibt uns nicht mehr viel Zeit. Mit jedem verlorenen Jahr beuten wir immer mehr die Rohstoffe der Erde aus und vermindern die Chancen für die kommenden Generationen. Und wir stoßen immer mehr klimaschädliche Gase als Abfall unserer Wirtschaftsweise in die Atmosphäre aus und gefährden so den Lebensraum für Hunderte von Millionen von Menschen – wir zerstören ihre Lebensgrundlage.

Es treibt mich die Sorge um, dass wir zu spät mit dem Umbau unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung beginnen, sodass uns nicht mehr genügend Zeit bleibt, die Erde für uns Menschen bewohnbar zu erhalten. Wir müssen uns im Klaren sein, dass wir in Deutschland den Ausstoß klimaschädlicher Gase innerhalb von 37 Jahren von 11,7 t pro Person auf 2 t reduzieren müssen. Das bedarf geradezu einer Revolution in den Produktionstechniken und im Konsumverhalten.

Ich weiß, dass viele Menschen durchaus bereit wären, den Wechsel in eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, hin zu einer ökologisch-

sozialen, zu einer wirklich solidarischen, zukunftsfähigen Gesellschaft mitzugehen, wenn sie eine Alternative und den Weg zu dieser Alternative erkennen könnten.

Mit diesem Buch möchte ich einen erneuten Versuch unternehmen, diesen Weg sehr konkret aufzuzeigen. Ich hoffe, dass ich so mithelfen kann, dass uns der Wechsel in die Zukunftsfähigkeit noch rechtzeitig gelingt.

Dieses Buch hat zwei Teile. Im ersten Teil (Kapitel 1-16) werden die wesentlichen Grundlagen und Inhalte einer solidarischen und zukunftsfähigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung beschrieben. Ich gehe dabei auch auf die aktuellen Probleme in der EU und der Eurozone ein.

Der zweite, wesentlich kürzere Teil ist eine (fiktive) Regierungserklärung, wie sie von der »Bewegung zukunftsfähige Gesellschaft« bei der Übernahme der Regierungsverantwortung vor dem Deutschen Bundestag vorgetragen werden könnte. Ob die »Bewegung zukunftsfähige Gesellschaft« eine neue Partei ist, oder eine neue Koalition, oder der Zusammenschluss von verantwortungsbewussten Abgeordneten, die erkennen, dass eine ganz neue Politik erforderlich ist, um die Probleme zu lösen, sei dahingestellt.

Mit dieser »Regierungserklärung« möchte ich aufzeigen, dass es ohne weiteres möglich ist, aus dem gegenwärtigen kapitalistischen System heraus einen ganz neuen politischen Weg zu beschreiten, der uns innerhalb von drei Legislaturperioden in eine neue, zukunftsfähige, solidarische, gerechte, menschliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung führt, der die kapitalistischen Krisen überwindet und allen Menschen eine neue Perspektive eröffnet. Sie werden sehen, dass diese neue Politik auch dann möglich ist, wenn sie nur in einem einzigen Land, also z.B. in Deutschland, realisiert wird.

Diese »Regierungserklärung« ist gleichzeitig die Kurzfassung der wichtigsten Ausführungen des Hauptteils dieses Buches.

Franz Groll
Oktober 2013